

**DAS  
FREIE  
FORUM**

**S 205 66F  
ISSN 1432-0223**

**INFORMATIONSDIENST**

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 3

60. Jahrgang

Juli/August/September 2020

**Kein Kongreß wegen Corona!**

Der geplante Jubiläumskongreß der GfP – sie besteht jetzt immerhin schon 60 Jahre – fällt dieses Jahr leider coronabedingt aus. Denn die von den Regierenden verordneten Bestimmungen wie Abstands- und Sauberkeitsregeln sowie der Maskenzwang – wenn auch nicht unbedingt am Sitzplatz – lassen eine Veranstaltung mit über 50 oder gar 100 Personen an unserem traditionellen Standort Kirchheim nicht zu. Dazu kommen Gängeleien durch Landrats- und Gesundheitsämter, die grundsätzlich Registrierungslisten und ein Hygienekonzept verlangen und dies in der Regel auch überprüfen. Und ihnen unliebsame Veranstaltungen können sie auf diese Weise leicht unterbinden.

Nicht zu vergessen sind vor allem die Unwägbarkeiten für den Hotelier. Unser uns wohlgesonnene Gastwirt sah sich deshalb gezwungen, unter diesen Bedingungen den für Sommer vorgesehenen Kongreß abzusagen. Wir haben dafür volles Verständnis. Angesichts eines ständigen Auf und Ab bei den – durchaus undurchsichtigen und teils wenig aussagekräftigen – Corona-Zahlen und der damit verbundenen Unsicherheit in bezug auf die Zulässigkeit von Zusammenkünften – schließlich ändern die Behörden fast wöchentlich ihre Auflagen – ist die Planung eines Kongresses in diesem Jahr nicht mehr möglich.

Wir hoffen auf eine Beruhigung der Lage im kommenden Frühjahr und damit auf bessere Zeiten 2021. Durch das quartalsweise erscheinende *Freie Forum* werden Sie, liebe Freunde und Mitglieder der GfP, rechtzeitig über unsere Planungen informiert. Wir sind auch offen für Wünsche und Anregungen. So gab es etwa den Vorschlag, das *Freie Forum* öfters erscheinen zu lassen. Dies wäre durchaus möglich, würde dann aber größere Kosten verursachen, die über höhere Mitgliedsbeiträge oder mehr Spenden ausgeglichen werden müßten.

Was meinen Sie dazu? Kommunizieren Sie mit uns und lassen Sie dadurch die GfP lebendiger werden! Angesichts fortschreitender Einschränkung elementarer Grundrechte ist die GfP wichtiger denn je.

Der 1. Vorsitzende der GfP

## AfD im Flügel-Streit

Der Begriff ›Flügelkämpfe‹ beschreibt passend die internen Auseinandersetzungen in der AfD, geht es doch um die weitere Ausrichtung der rechtsbürgerlichen Partei im allgemeinen und den Umgang mit Vertretern des mittlerweile aufgelösten völkisch-nationalen ›Flügels‹ im besonderen. Einer der maßgeblichen Unruhestifter ist dabei der EU-Abgeordnete Jörg Meuthen, der als einer von zwei Bundessprechern seit Jahren als bürgerliches Aushängeschild der Partei fungiert: Der 59jährige FH-Wirtschaftsprofessor ist seit zwei Jahren in dritter Ehe mit einer um 21 Jahre jüngeren Rußlanddeutschen verheiratet und hat aus den ersten beiden Ehen fünf Kinder. Seine nunmehrige Frau Natalia ist ebenfalls fünffache Mutter und engagierte sich in ihrer früheren Ehe mit einem Serben auf dem Balkan um die Pflege des donauschwäbischen Erbes und die Zusammenarbeit zwischen Serben und verbliebenen Volksdeutschen. Sie ist nun auch Mitglied der AfD.

Während die sogenannten ›Realos‹ um Meuthen, dem der Berliner Fraktionschef Georg Pazderski mit seinem liberalen ›Berliner Kurs‹ ebenso nahesteht wie der rheinlandpfälzische Fraktionschef Uwe Junge, beide ehemalige Staboffiziere der Bundeswehr und nachmalige Landesvorsitzende ihres Verbandes, den Einfluß rechtsnationaler Politiker in der Partei minimieren wollen, um möglichst bald ›regierungsfähig‹ zu werden, stehen die einstigen Vertreter des ›Flügels‹, der im Osten der BRD besonders stark verankert ist, für eine harte Oppositionspolitik zum System. Mit der Wahl des Bundestagsabgeordneten Jens Kestner zum Landeschef in Niedersachsen wurde erstmals im Westen der BRD ein ›Flügel-Mann‹ Vorsitzender eines Landesverbandes. Nicht nur das: Von den drei Stellvertretern werden auch Stephan Bothe und Uwe Wappler dem ehemaligen ›Flügel‹ zugerechnet. In Bayern ist die Landtagsfraktion tief gespalten. Von den 20 Mandatären sind acht ›Flügel-Leute‹, deren Vertreterin Katrin Ebner-Steiner immer noch die Fraktionsvorsitzende ist. Abwahlversuche der zwölf anderen AfD-Abgeordneten scheiterten bislang, da dafür eine Zweidrittelmehrheit in der Fraktion vonnöten ist. Mit der Studienabbrecherin Corinna Miazga steht im Freistaat mittlerweile eine gemäßigte AfD-Politikerin an der Spitze des Landesverbandes. Ebner-Steiner hatte bei der Bundestagswahl 2017 mit 19,2 % (Stimmkreis Deggendorf/Niederbayern) das beste Ergebnis eines AfD-Direktkandidaten in Westdeutschland eingefahren.



Im Sommerinterview des *MDR* schloß Björn Höcke (AfD) eine Kandidatur für den Bundestag nicht aus. Einen Sitz im AfD-Bundesvorstand hält er hingegen nicht für erforderlich. Als führender Vertreter des mittlerweile aufgelösten ›Flügels‹ in der AfD, der national-patriotischen Sammlungsvereinigung innerhalb der Partei, meinte der Politiker, der »Geist des Flügels« sei für die AfD »weiterhin wichtig«. Eine Abgrenzung ›nach rechts‹ war Höcke nicht zu entlocken. Während der Chefredakteur des *ZDF* Höcke kein Forum bieten will und der brandenburgische *RBB* seine Sommerinterviews abschaffte, um keinen AfD-Politiker mehr einladen zu müssen, weigert sich der mitteldeutsche *MDR* bislang noch, eine derartige Ausgrenzungsstrategie gegen Patrioten zu praktizieren. (Quelle: *msn.com*)

Auch in Baden-Württemberg, wo die AfD bei der Landtagswahl 2016 mit 15,1 % das beste Westergebnis erreichte, sind Zerfallserscheinungen sichtbar: Von den 23 in den Landtag eingezogenen Abgeordneten gehören nunmehr noch 17 der Partei an. Für die Destabilisierung dieses Verbandes ist auch Meuthen maßgeblich verantwortlich. Obwohl ihm in seinem baden-württembergischen Kreisverband die Verankerung an der Basis fehlt, mischt er mächtig mit, wenn es darum geht, rechtsnationale Politiker wie etwa den mutigen Freiburger Stadtrat und Burschenschafter Dubravko Mandic kaltzustellen.. Letzteres gelang ihm jedoch nur bedingt. Der Landesvorstand belegte Mandic mit einem zweijährigen Funktionsverbot.

Und in Schleswig-Holstein warfen liberale AfD-Kräfte sogar die Fraktionschefin Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein aus der Partei wegen Kontakten zu Vereinen, die als ›unvereinbar‹ mit den Grundsätzen der AfD gelten.

### **NRW-Kommunalwahl mit punktuellen rechten Erfolgen**

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) brachten zwei klare Gewinner: Grüne und AfD. Erstere legten um 8,3 % zu und kamen mit 20,0 % auf Platz 3. Letztere verbuchten ein Plus von 2,5 % und verdoppelten sich auf 5,0 %. Auch die CDU jubelte, obwohl sie leicht verlor, aber dank der enormen Verluste der SPD mit 34,3 % auf Platz 1 kam. Die einst in NRW dominierende SPD sackte um gut 7 % auf 23,4 % ab. Auf den Plätzen 4 und 6 landeten FDP (5,6 %) mit einem leichten Plus und Linke (3,8 %) mit einem leichten Minus. Überdurchschnittlich stark schnitt die AfD in den Städten Gelsenkirchen mit 12,9 % und Duisburg mit 9,29 % ab. Bei den Oberbürgermeisterwahlen gibt es in den meisten Fällen mangels absoluter Mehrheit eine Stichwahl, bei der nun erstmals auch Grüne mitmischen.

Die NPD trat diesmal in Deutschlands größtem Bundesland gar nicht mehr an. Ihr jeweiliges Mandat verteidigen konnte sie nur in den Städten Hückelhoven und Lüdenscheid. In Dortmund überließ sie, um So überließ sie in Dortmund, um eine rechte Konkurrenz zu vermeiden, das Terrain der Partei Die Rechte. Diese konnte ihr Mandat mit 1,12 % verteidigen und in absoluten Zahlen sogar leicht zulegen. Die AfD schaffte 5,48 %. Einen Achtungserfolg konnte Die Rechte bei der OB-Wahl in dieser Stadt verbuchen. Ihr Kandidat kam auf 2,98 %. Auf Bezirksebene war Die Rechte in Dortmund ebenfalls erfolgreich. Am stärksten schnitt sie in Dortmund-Huckarde ab, wo sie mit 6,3 % viertstärkste Kraft wurde und nur knapp das zweite Mandat und damit den Fraktionsstatus verpaßte.

Für die AfD mit ihrem neuen Landesvorsitzenden Rüdiger Lucassen (MdB) ist das Ergebnis nur ein bescheidener Erfolg. Ihm gelang es nicht, den zerstrittenen Landesverband zu einen. Vielmehr wurden Kreisverbände mit ›Flügel‹-Leuten kaltgestellt, so daß in manchen Kreisen und Städten die AfD mangels Kandidaten gar nicht antreten konnte. Damit stand sie auch nicht flächendeckend auf dem Stimmzettel und erreichte mit letztlich 5 % ein mageres Ergebnis. Da die Partei 2014 nur 2,5 % erreicht hatte, konnte man nun wenigstens die Verdoppelung feiern. Vertreter des früheren ›Flügels‹ sitzen jetzt nicht mehr im Landesvorstand.

## Geopolitisches Spiel mit Deutschland

Wer die Schriften von Zbigniew Brzezinski gelesen hat, ist über die gegenwärtigen politischen Geschehnisse im eurasischen Raum, zu dem auch Deutschland gehört, nicht überrascht. Geopolitik ist Theorie und Politik imperialistischer Großmächte um ihren strategischen Einfluß in der Welt unter besonderer Berücksichtigung kontinentaler Gegebenheiten. Die Geopolitik gibt es seit mindestens 170 Jahren, als Deutschland mit seiner Reichseinigung 1871 zu einer neuen Kraft im internationalen Machtspiel antrat und dem britischen Weltreich als einem neuen Konkurrenten entgegenzutreten begann. Seit etwa 1900 ist der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium übergegangen. Der Erste Weltkrieg war ein geopolitischer Krieg zwischen imperialistischen Zentren. Der Zweite übrigens auch, und der deutsche Imperialismus unter Hitler hatte die Aufgabe, das aus dem imperialistischen System abtrünnige Sowjetrußland zu vernichten. Das gelang nicht, aber wenigstens war der deutsche Konkurrent am Boden. Auch nicht schlecht aus angelsächsischer Sicht. Sozusagen ein Trostpreis.

Der heutige westliche Imperialismus wird von nur 147 - vorwiegend - Finanzkonzernen dominiert, so wurde es an der Universität St. Gallen festgestellt. War im alten Imperialismus eine Einheit von Industrie-, Handels- und Finanzkapital bestimmend und war dies vor allem national organisiert, so hat im heutigen westlichen Imperialismus des Westens das angelsächsische Finanzkapital die absolute Dominanz. Damit hat sich selbst bei den Herrschenden im Westen die personelle Machtbasis verengt. Die Zahl von den 0,1% Bevölkerung, die den Reichtum auf sich konzentriert hat und oberhalb des demokratischen Spiels die Macht ausüben soll, scheint noch geprahlt. Der Kreis der Reichen, für die Politik gemacht wird, scheint noch enger zu sein.

Zugleich stellt sich die Frage nach der Vernunft einer solchen Herrschaft. Könnte es nicht sein, daß es in diesen Kreisen an historischer Vernunft mangelt? Vernünftig zu sein heißt, seine Interessen in der Langfristigkeit ihrer Verwirklichung denken zu können. Wenn die vor allem am Geldreichtum (Hegel sprach vom »schmutzigen Geldvorteil«) orientierten Eliten der USA einerseits einen riesigen geldverschlingenden Militärisch-Industriellen-Geheimdienstlichen Komplex geschaffen haben und andererseits große Teile der industriellen Basis ihres Landes nach China und in andere Niedriglohnländer verlagert haben, ohne zu bedenken, daß man damit einen zukünftigen Weltkonkurrenten die Entwicklungschance einräumt, dann liegt zwar rechnerischer Verstand, aber auch strategische Unvernunft vor.

Die in den USA beheimateten Finanz- und Technologieunternehmen (Facebook, Apple, Amazon, Alphabet, Netflix, Amazon, Microsoft) produzieren selbst nichts, sie leben von der Warenproduktion anderer Staaten. Die Technologie-Unternehmen verteilen oder vertreiben, was andere Nationen produzieren. Amerikanische Banken finanzieren weltweit Produktion und Investitionen. Aber sie alle

stellen nichts mehr her, was die Grundlagen der eigenen Gesellschaft in ausreichendem Maße sichern kann. Wenn nun ein US-amerikanischer Präsident, eben Donald Trump, die Notbremse ziehen und die bisherige Politik mit bewährter angelsächsischer Brutalität korrigieren will, wird er von der eigenen Klasse der Reichen und deren dienstleistenden Propagandisten als verrückt bezeichnet. Die europäischen transatlantischen Chorknaben stimmen laut mit ein. Wie verrückt ist denn das!

Strategisch schlampig war auch der Kurs des Westens gegenüber Rußland. Wahrscheinlich war es dumme Überheblichkeit des Westens über den Osten generell. Hitler wollte ja einst auch durch Sowjetrußland wie mit einem Finger durch einen fauligen Leichnam fahren. Wenn die USA über ihre Chicago-Boys und die neuen Oligarchen aus der jungen sowjetischen Nomenklatura Russland zeitweilig in die Knie zwingen konnten, so haben sie doch ihre Herrschaft in Russland nicht zementiert. Sie haben zu wenig Elitenwechsel durchgezogen und vor allem den Patriotismus des russischen Volkes unterschätzt. Also konnte sich eine ehemals sowjetische, heute patriotisch-imperialistische Geheimdienstaristokratie gegenüber den Oligarchen durchsetzen und damit den Einfluß von Londoner City und Wall Street zurückdrängen.

Rußland ist nun als imperialistisches Zentrum wieder da und sichert sich ab. Wie beim Zaren segnet die Kirche wieder die politischen Führer. Die Waffen sind wieder Spitze und genügend da. Das Volk steht hinter der Führung. Westlich orientierte Oppositionelle strampeln sich ab und finden großen Zuspruch in den Medien des Westens, aber kaum daheim. Die Transatlantiker, also die Freunde des Militärisch-Industriellen-Geheimdienstlichen Komplexes der USA, sind zur Anheizung der Konfrontation gegen Russland wie im Taumel. Nach der Intensität des Gekreischs können sie auch von den Eliten des Ostens eindeutig identifiziert und klassifiziert werden.

Bei China glaubte der Westen mit dem aktiven Fördern einer modernen Industrie und des chinesischen Wissenschafts- und Ingenieurwachstums eine solche gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen, die das Land dem Westen automatisch zufallen lassen würde. Die Vermutung war: Westliche Industrialisierung und Konsum bringen Verschuldung im Westen, erzeugen westlichen Lebensstil, westliche Ideologie und westlich hörige Regierung. Massen von chinesischen Studenten lernten an der US-amerikanischen Universitäten, und chinesische Ingenieure arbeiteten in den F/E-Abteilungen der Konzerne. Nun sind die meisten wieder zu Hause und machen den USA eine lange Nase. Mit dem 2015 geplanten Programm »Made in China 2025« wird China wahrscheinlich die wissenschaftlich-technische Überlegenheit über die USA und weltweit erreichen.

Die Entwicklung einer Konsum- und Unterhaltungsindustrie in China führte auch nicht dazu, die Masse der Jugend zu einem kosmopolitischen, konsumorientierten, hedonistischen und promiskuitiven Lebensstil zu motivieren. Der Patriotismus der chinesischen kommunistischen Führung hat das nicht aufkommen lassen.

So etwas funktioniert nur dann, wenn man sein Bildungssystem wie in Deutschland ruiniert und in die Jugend falsche Werte hineinzwingt. Deutschland ist ein studierenwertes Beispiel für ein Land im Abstieg durch Verleumdung seiner nationalen Erfolgsgeschichte, seiner Zivilisation, Ordnung und Sprache als generelle Repression, von der sich die Jugend befreien müsse. Man nennt das frech und dumm »emanzipatorischen Antiautoritarismus«. Dazu kommt noch die Übernahme von Irrlehren als Heilsbotschaften, wie die sogenannten »Genderwissenschaften«.

Früher haben die Kolonisatoren oder Sieger die Annahme der Religion der Sieger erzwungen. Das war sicher lästig. Heute verbreitet der Imperialismus das Gift libertärer Zersetzung und feiert das als individuelle Freiheit. Ein Herrschaftssicherungsmittel im Westen ist die Förderung der Vereinzelung der Individuen sowie das Suchen von Sinn allein in sich selbst. Dagegen fördern aufstrebende Gesellschaften die Einfügung der Individuen in *sinngebende* Gemeinschaften. Das westliche Bestreben, das Individuum gegen die Gemeinschaft zu positionieren, hat als Gift den Angreifer selbst vergiftet. Die USA müssen Fachkräfte importieren, die noch »was gut autoritär« gelernt haben. Deutschland will jetzt auch Fachkräfte aus aller Welt importieren, weil die eigenen Schulen, Berufsschulen und Unis nicht mehr den notwendigen, qualitativ wertvollen Fachkräftenachwuchs ausbilden. Das wird scheitern.

Und jetzt ist Deutschland in einer großen Entscheidungssituation. Nachdem Corona den Kapitalismus in ein künstliches Koma versetzt hat, müssen der kapitalistische Motor und der globale Welthandel wieder angeworfen werden. Durch die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist das auch ganz nötig, denn allein mit Geldvermehrung kann man ein Gemeinwesen nicht blühen lassen. Doch nun haben unsere US-amerikanischen Freunde zur eigenen Selbsterhaltung und Reanimation ihrer Wirtschaft beschlossen, daß die gegenüber dem Westen unbeugsamen Staaten China und Rußland so weit wie nur möglich aus dem Welthandel und dem westlichen Finanzsystem herausgeworfen werden sollen. Wir haben dabei zu helfen, koste es, was es wolle.



Mit einer beispiellosen politischen Hysterie wird auf den Kollaps von Nawalny in Tomsk reagiert. Man will Nord Stream 2 blockieren, doch ohne dessen Gas ist die Energiewende (Hans-Werner Sinn sprach von einer »Energiewende

Notfalls mit Sanktionen wollen die USA die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 verhindern. Die Drohungen gegen deutsche Unternehmen sorgen parteiübergreifend für

Empörung. Eine rechtliche Handhabe dagegen gibt es nach Einschätzung von Bundestags-Gutachtern aber nicht. Foto: das Verlegeschiff »Audacia«, dpa

ins Nichts«!) nicht zu machen. Wer Kohle und Kernkraft aus der Energieversorgung eliminiert, braucht Gas! Die USA möchten uns von ihrem Frackinggas abhängig machen. Fracking, das ist das Ausquetschen der letzten Reserven aus Lagerstätten. Also ist das zeitlich eine sehr unsichere Sache und ziemlich teuer.

Unsere Regierung wie auch die EU-Administration sind zu einem Wirtschaftskrieg gegen Rußland bereit, nur bei China wird noch gezögert. Wenn nun auch das US-Interesse an der fundamentalen Schädigung Chinas bei unseren Eliten zum zentralen politischen Willen wird, dann sind in ganz Europa riesige wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erwarten. Erst Corona und dann noch Wirtschaftskrieg gegen Russland und China, das halten die EU und auch der soziale Frieden in Deutschland nicht aus. Dann wird sich offenbaren: Man kann aus Dummheit oder antinationaler Niedertracht mit fremder Geopolitik kräftig auf die Nase fallen. Die ›Querdenker‹-Demos am 1. und am 29.8.2020 waren nur der Anfang. Man hat in Deutschland wieder politisch zu demonstrieren gelernt. ■ Karl Engels

## Der neue Kalte Krieg und die Corona-Krise

Der Kärntner Publizist Bernhard Tomaschitz beschreibt in seinem neuesten Buch aus der Reihe »gegenARGUMENT« mit profunder Sachkenntnis das geopolitische Kräftemessen zwischen den USA und China, bei dem Peking immer mehr Vorteile hat, während die ›Pax Americana‹ langsam, aber doch unaufhaltsam ihrem Ende entgegenschreitet. Mit welchen Mitteln wird Washington seinen schwindenden Einfluß in der Welt und damit auch im fernöstlichen Raum aufzuhalten versuchen? Peking hingegen rüstet seine Streitkräfte, vor allem die Marine, auf und strebt mit dem Aufbau der neuen Seidenstraße eine Ausweitung seines Handels mit Europa sowie dem Nahen und Mittleren Osten an. Damit würde der Einfluß Chinas in diesem Großraum enorm steigen – ganz zum Verdruß der USA. Wer wird als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen?



Angesichts der aktuellen Corona-Krise, die offensichtlich in China ihren Ausgang nahm und schnell zum Politikum wurde, ja zu zusätzlichen Schuldzuweisungen und Spannungen zwischen Washington und Peking führte, verfaßte Tomaschitz ein 20seitiges Ergänzungsheft zu diesem Konflikt mit dem Untertitel »Mischt SARS-CoV-2 die Karten neu?«. Hierbei zeichnet er den Wandel der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf. Standen nämlich Mitte Januar – mit der Unterzeichnung eines Abkommens zur Beilegung des Handelskonflikts im Weißen Haus – die Zeichen noch auf Entspannung, änderte sich das schlagartig nach Ausbrechen der sogenannten ›Corona-Pandemie‹. Für US-Präsident Donald Trump war das Grund genug, um wieder Stimmung gegen das Riesenreich in Fernost zu machen. Eine erhellende Analyse der angespannten Situation zwischen China und den USA!

Bernhard Tomaschitz: **Der neue Kalte Krieg**. 204 + 20 Seiten, 18 €. gegenARGUMENT, Graz 2020

## **Wirtschaftliche Probleme für das Wahljahr 2021**

Optimismus gehört zur Politik so lange, bis alles vorbei ist. Am 7.9.2020 wurde eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zur Lage der deutschen Automobilindustrie veröffentlicht. Da ist zu lesen: »Die Autoindustrie steht erstmals nach einem Jahrzehnt wieder vor spürbaren Personalanpassungen und wird als Wachstumslokomotive für den Standort Deutschland zunächst ausfallen.«

In Baden-Württemberg geht die Angst vor der Zukunft um. »Mer schaffe beim Daimler«, d.h. »Uns kann nix passieren«, gilt nicht mehr. Seit 2014 stagniert die Automobilindustrie, und seit 2018 sinkt sie in Deutschland. Gegenwärtig sind rund 820.000 Personen dort beschäftigt, davon 480.000 bei den Herstellern, 305.000 bei der Zulieferindustrie, 35.000 bei der Produktion von Anhängern und Aufbauten. Ende 2019 wurde ein Abbau der Beschäftigung in dieser Branche in Deutschland bis 2030 um 15 bis 20% prognostiziert. Erzwungen wird durch die EU der Übergang zur Elektromobilität mittels immer weiterer Verschärfung der CO<sup>2</sup>-Grenzwerte von 2020 bis 2030. Zugunsten der Elektromobilität wird davon ausgegangen, daß ein Elektroauto in jeder Hinsicht CO<sup>2</sup>-neutral wäre. Natürlich ist es Blödsinn, aber große Politik. Die CO<sup>2</sup>-Grenzwerte gegenüber den sogenannten Verbrennern sind physikalisch irrational, aber ideologisch edel und eitel.

Die Corona-Krise hat die Automobilwirtschaft in ihrem Umbau noch zusätzlich in die Krise gestürzt. Im 2. Quartal gab es einen Einbruch an Autoverkäufen: Mitsubishi -57%, VW -37%, Daimler -29%, BMW -22%. Gegenwärtig sind nur 50 bis 75% der Produktionsanlagen ausgelastet. Nur in China ist der Absatz von in China produzierten deutschen Autos wieder gestiegen. China ist schnell aus der Corona-Krise gekommen. Jetzt werden bei uns gerade wieder Kaufprämien für die sogenannten Verbrenner ins Spiel gebracht. Die Automobilindustrie ist für Deutschland eine sogenannte Schlüsselindustrie, denn sie repräsentiert das wissenschaftlich-technische Niveau des Landes und setzt sowohl die Zulieferindustrie als auch die Ausrüstungsindustrie unter Modernisierungszwang und umgekehrt.

Doch wir haben immer noch viele Baustellen. Der Ausstieg aus der Steinkohlen- und Braunkohlenwirtschaft beseitigt zugleich deren Ausrüstungsindustrie. Ähnlich ist es beim Ausstieg aus der Kernenergie, wo wir bei der Sicherheit der Kernkraftwerke Spitze waren. Generell erfolgen durch Ausstiege aus Produktionen auch ein Verlust an industriellem technologischem Wissen und ein Verschwinden von Fähigkeiten der Arbeiter. In Deutschland werden auch nur noch 5% der verkauften Schuhe produziert. Die Textilindustrie hat seit 1970 neun Zehntel ihrer Unternehmen und Beschäftigten verloren. Durch die Angebote besonders hochwertiger Modeprodukte und innovativer technischer Textilien ist Deutschland nach China und Italien immer noch der drittgrößte Exporteur von Textilien. Kurz, es ist noch viel da und durch das generell hohe technische Niveau der



deutschen Unternehmen und insbesondere die berufliche Qualität der Belegschaften können bei richtiger politischer Führung schnell historische Korrekturen durchgezogen werden. Aber viele Unternehmen sind hochverschuldet; allein die drei Großunternehmen der deutschen Automobilindustrie sind mit 460 Mrd. Euro verschuldet. Wenn zu viele Fremdbesitzer in den Unternehmen wirken, werden oft Schulden aufgenommen, um ›Gewinne‹ ausschütten zu können.

Doch durch die weltweite Coronakrise, die eine spezielle Variante einer globalen Wirtschaftskrise ist, wird die Wirtschaftskrise zusätzlich angeheizt und bekommt unkalkulierbare Momente. Gegenüber der US-Nachrichtenagentur Bloomberg hat Olaf Scholz eingestanden, daß er an einen V-Verlauf der Konjunktur (schneller Absturz und dann Blitzerholung) nicht mehr glaubt. Er glaubt, wissen kann er es nicht, daß sich die deutsche Wirtschaft erst 2022 wieder normalisiert haben werde. Es hängt ja schließlich nicht allein von Deutschland und der EU ab. Weltweit taumeln die Staaten und Volkswirtschaften weiter in die und in der Corona-Krise. Wie lange und mit welcher Intensität wird der Coronavirus in welchen Ländern wirken; wer kann noch wem was liefern; wer bezahlt noch, was er bestellt hat; wer kann wem verkaufen, was er produziert hat; wer hat noch wie lange Geld; wie viele Belegschaften kann man sich in der Krise noch leisten; wie sind die sozialen Netze beschaffen, welche die Bevölkerungen in den Ländern auffangen; wie stabil sind die politischen Systeme in einer langanhaltenden Wirtschaftskrise; könnten die USA die Krise zum Krieg gegen China und Russland nutzen?

Der Westen steckt durch seine blauäugige und aggressiv blinde Globalisierungspolitik gegenwärtig wie in einer Falle. Zu den unkalkulierbaren Momenten gehören in der Weltwirtschaft die globalen Zulieferketten, die durch Coronasituationen in den einzelnen Ländern gestört werden. China ist da in einer beneidenswerten Situation. Die Zeitung *New York Times* macht dies an Exportzahlen fest: 2018 kamen 12,8 Prozent aller Exporte auf dem Weltmarkt aus China, 2019 waren es 13,1 Prozent, im zweiten Quartal 2020 sind es 20 Prozent. Tatsächlich ist die Lage weniger spannend und damit erklärbar, daß die chinesische Industrie, welche die ganze Welt beliefert, sich auf kurze und verfügbare Lieferketten stützt. Was auch immer chinesische Firmen für die Produktion benötigen, es ist gleich zur Hand. Dadurch bleiben chinesische Waren, auch die hochtechnologischen, gegenüber amerikanischen Erzeugnissen selbst bei einem Zoll von 25 Prozent noch wettbewerbsfähig. Und Analysten gehen davon aus, daß dies in den nächsten 20 bis 30 Jahren so bleiben werde. China wird zum Zentrum der Welt aufsteigen und den Westen dominieren.

Für Deutschland stellt sich die politische Frage nach der Langmut der Bevölkerung in einer langen Krise. Bis Ende 2021 soll die Kurzarbeiterregelung gelten. Bis Ende des Jahres 2021 müssen nur diejenigen Firmen wirklich Insolvenz anmelden, die völlig zahlungsunfähig sind. Allen anderen insolventen Firmen, man spricht von über 550 000 Betrieben, dürfen weiterwursteln und werden mit ihrer Insolvenz noch andere mit hinabziehen. Nächstes Jahr rechnet man schon mit

Im Herbst werden sich rund 550.000 Unternehmen in massiven Schwierigkeiten oder in einer Schiefelage befinden, schätzt man bei Creditreform. Sogenannte Zombie-Unternehmen können gesunde Firmen mit in den Abgrund reißen. Foto: C. Ammering



über 800.000 Zombies, d.h. Firmen, die noch leben, aber eigentlich schon wirtschaftlich tot sind. Viele Konzerne haben schon angekündigt, daß ihre Belegschaften reduziert werden müssen. Zwei Millionen Soloselbständige stehen vor Hartz IV oder dem Beantragen von Grundsicherung. 50 Prozent der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe stehen vor der Pleite. Der kleine inhabergeführte Handel bekommt nach der Durchmonopolisierung des Handels und dem boomenden Internethandel den Todesstoß. Wenn die Heimarbeit am Rechner sich weiter durchsetzt, dann sind die Büropaläste leer und wertlos. Die Imbißversorgung dort wird eingehen. Man arbeitet und bleibt zu Hause. Nahverkehr bekommt Finanzprobleme. Wer in Handels- und Büroimmobilien investiert hat, der erleidet Verluste. Wenn die Welt voll Corona ist, wird nicht mehr gereist, und wohin nicht mehr gereist wird, dort wird gehungert. Und generell: Wer sich nicht sicher ist, ob er seine Arbeit behält, der schränkt sich ein. Wer seinen Job verliert, kann seine Schulden nicht mehr bedienen, und die Banken haben dann ein Problem. Und wenn der Staat allen seinen Freunden und Feinden helfen will, dann macht er Schulden. Und wenn das nicht hilft, dann macht er mehr Schulden und läßt vielleicht sogar Geld regnen.

In den USA hat es schon ein paar Mal Geld geregnet. Gabor Steingart, der mit seiner von allen deutschen Medienkonzernen finanzierten Initiative »The Pioneer« (in Berlin kann man ja nicht »Der Pionier« sagen, denn das würde an dem einst roten Ort natürlich gleich den Jungpionier mit seinem blauen Halstuch oder den Thälmann-Pionier mit seinem roten Halstuch assoziieren!) scharf in Gegenwart und Zukunft schauen darf, schreibt am 1.9.2020 in seinem *Morning Briefing*: »Das neue Modewort in der Ökonomenwelt lautet **Modern Monetary Theory**. Dahinter versteckt sich eine **intellektuelle Veredlung** der **Geldflutungspolitik**. Die mit MMT abgekürzte Theorie besagt, daß Staaten mit eigener Währung beherrscht auf die **Notenpresse** zurückgreifen sollen, um die Wünsche der Bürger zu befriedigen. Sollte es zur Inflation kommen, hätte der Staat jederzeit die Möglichkeit, über höhere Steuern die Liquidität fast schon nach Belieben zu verknappen.« (Hervorhebungen im Original) Wir sollten bezüglich der Staatsverschuldung an den Bankier Carl Fürstenberg denken, der einst sagte: »Wenn der Staat Pleite macht, geht natürlich nicht der Staat pleite, sondern der Bürger.« Bleiben wir also höchst wachsam. ■ Frank Enberg

## Auffanglager an Europas Außengrenzen?

Da die von deutscher Seite gewollte zwangsweise Zuweisung von Asylbewerbern auf die einzelnen EU-Staaten insbesondere von den osteuropäischen Mitgliedsstaaten abgelehnt wird, wird krampfhaft nach Alternativkonzepten gesucht. So bringt der Präsident des Bundestags, Wolfgang Schäuble, »human ausgestaltete Rettungs- und Asylzentren« ins Gespräch. Diese sollen außerhalb der EU eingerichtet und unter dem Dach der UNO bzw. durch das zivile und militärische Engagement der Europäischen Union geschützt werden. Ist Schäubles »auf gesundem Menschenverstand basierende Überlegung zur drastischen Eindämmung der Asylzuwanderung«, wie Meuthen bei Facebook behauptet, tatsächlich vernünftig, mag bezweifelt werden. Viele Kritiker (u.a. Thorsten Groß) halten dagegen, daß Aufnahmeeinrichtungen am Rande von Konfliktregionen sehr viel mehr Menschen in die Lage versetzen würden, Asyl in Europa zu beantragen, wenn man bedenkt, daß laut UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen bzw. Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) Ende 2019 weltweit knapp 80 Millionen Menschen auf der Flucht waren. (Quelle: u.a. kopp-report.de, 17.7.2020)

Indes meint der eifrige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß Schleppertum Christenpflicht sei. Heinrich Bedford-Strohm hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer erneut verteidigt, die Seenotrettungsspiele illegalen Schleusern nicht in die Hände, meinte er gegenüber dem *rbb* und forderte eine verlässliche Verteilung der an Bord genommenen Migranten innerhalb der EU. Damit hat die Evangelische Kirche das illegale Einschleusen von Ausländern zur Chefsache erklärt. Die Kirche schickt seit August ein mit kirchlichen Spenden finanziertes Schlepperschiff, »Sea-Watch 4«, auf See, das bereits mehrere »Rettungsaktionen« im Mittelmeer, vor allem vor Libyen, startete.

Ob folgender Vorfall den systematischen Theologe mit dem Schwerpunkt Sozialethik erbaut haben wird? In Berlin wurde ein katholischer Pfarrer am 30. August während eines Gottesdienstes in der St. Joseph-Kirche von einem Mann mit südosteuropäischem Aussehen brutal niedergeschlagen. Der Eindringling stieß dabei obszöne, christenfeindliche Parolen aus (»Hure Maria!«) und entriß dem Geistlichen die Bibel, als dieser zu Boden ging. Sodann entfernte er einige Seiten aus der Heiligen Schrift. Als der Bruder des Pfarrers den Wüterich aufhalten wollte, stieß dieser ihn mit der Bibel nieder und flüchtete. Die Fahndung nach dem Kriminellen blieb bislang erfolglos. (Quelle: *wochenblick.at*) Nicht auszudenken, was in Deutschland los wäre, wenn eine solche Tat in einer Moschee stattgefunden hätte. ■



Heinrich Bedford-Strohm – Seenotretter oder Schlepper? Foto: dpa

## Die Dekonstruktion der Rasse

Der Historiker, Geograph und Anthropologe Andreas Vonderach ist als Verfasser seriöser Veröffentlichungen zu den Themen Abstammung, Sozialbiologie, Vererbung, Völker und Rassen bekannt. So erschien bereits 2008 in dem zur Grazer Stocker Verlagsgruppe gehörenden ARES Verlag sein Grundlagenwerk *Anthropologie Europas. Völker, Typen und Gene vom Neandertaler bis zur Gegenwart*.



Andreas Vonderach:  
**Die Dekonstruktion der Rasse.** Sozialwissenschaften gegen die Biologie. 112 Seiten, Euro 14. ARES Verlag, Graz 2020

Nun brachte der ARES Verlag sein neuestes Buch mit dem Titel *Die Dekonstruktion der Rasse. Sozialwissenschaften gegen die Biologie* heraus. Darin geht der Wissenschaftler der Frage auf den Grund, wie es dazu kommen konnte, daß mittlerweile sogar renommierte Vereinigungen wie die ›Deutsche Zoologische Gesellschaft‹ die Existenz von Massenrassen leugnen. Deren banale zeitgeistige ›Erkenntnis‹ lautet: Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung.«

Vonderach, der in Oldenburg, Mainz und Ulm studierte, machte sich auf die Suche nach der Herkunft der ›Rassenleugner‹ und fand deren Ursprung in der Person des 1858 in Minden als Sohn jüdischer Eltern geborenen US-Anthropologen Franz Boas, der bereits 1887 in die USA emigriert war. Dieser wurde schließlich zum Begründer des US-Kulturrelativismus. Dabei wandte er sich gegen die in der damaligen Ethnologie verbreitete Vorstellung des Evolutionismus, wonach die menschlichen Kulturen verschiedene Entwicklungsstufen von den steinzeitlichen Jägern und Sammlern bis zur modernen Industriegesellschaft repräsentieren. Den Evolutionismus lehnte er

deswegen ab, da jener den Gedanken einer verschiedenen Wertigkeit nicht nur der Kulturen, sondern auch der Rassen – die Boas aber nicht leugnete – nahelegte.

Boas Kerngedanke war, daß die »psychische Grundlage kultureller Merkmale bei allen Rassen identisch ist«. Er war der Ansicht, daß jede Kultur durch eine spezielle Kombination von Kulturmerkmalen und -inhalten definiert sei, und vertrat demnach eine extrem milieutheoretische Auffassung von der Natur des Menschen. Auch wenn er das Bestehen von Rassenunterschieden nicht pauschal leugnete, so hielt er doch auf Grund der gewaltigen Macht des kulturellen Milieus die genetischen Einflüsse für »gänzlich irrelevant«. 1926 standen schon an der Spitze jeder größeren anthropologischen Fakultät in den USA Boas-Schüler, die überwiegend derselben Abstammung wie jener waren.

Dies führte dazu, daß in der US-Anthropologie genetische und evolutionsbedingte Fragestellungen aus dieser faktisch ausgeschlossen wurden. Dafür wurden spekulative und unwissenschaftliche Studien wissenschaftlich verbrämt und überall publiziert. So etablierte sich eine Zivilreligion, die im 21. Jahrhundert das Dogma enthält, es gebe keine Menschenrassen. Kein Wunder, daß es heut-

zutage seriöse Wissenschaftler sehr schwer haben, zu diesem Tabuthema zu forschen, vor allem wenn sie unvoreingenommen an die Materie herangehen. Denn wer angesichts der Politischen Korrektheit die Existenz von Menschenrassen bejaht und sogar noch Unterschiede zwischen Weißen, Gelben und Schwarzen in puncto Vererbung und dadurch bedingter Verhaltensweisen herausarbeitet, gilt als ewigestriger Rassist. Damit weicht Wissenschaftlichkeit linkem Dogmatismus. ■

### **Geringer IQ bei Flüchtlingen: Empörung über Studie**

Seit 2015 wiederholen Mainstream-Medien, Politiker und Vertreter der Wirtschaft unablässig, daß die meisten Flüchtlinge jung, gut ausgebildet und hoch motiviert seien. Nun bewahrheitet sich diese Einschätzung laut einer aktuellen Studie nicht einmal im Ansatz!

Unter dem Titel »Intelligenzdiagnostik bei überwiegend Nicht-EU-Migrantinnen und -Migranten. Ergebnisse einer empirischen Studie mit einem kulturfairen Meßverfahren« berichtet die Fachzeitschrift *Wirtschaftspsychologie* über die brisante Studie, die einen unterdurchschnittlichen IQ bei Flüchtlingen in Deutschland ermittelt hat.

Der Autor der Studie, der Wirtschaftspsychologe Prof. Dr. Bruno Klauk von der Hochschule Harz in Wernigerode, testete 505 überwiegend aus Nicht-EU-Ländern stammende Asylsuchende, die für »Schutzsuchende« als repräsentativ gelten können. Wohlgemerkt: Um eine negative Wirkung mangelnden sprachlichen Verständnisses und mangelnder Schulbildung auszuschließen, operierte der Forscher mit einem sprach- und wissensunabhängigen – einem sogenannten »kulturfairen« – Intelligenztest. Die Studie ließ bei den 505 Testanden, darunter 44,4 Prozent aus Syrien, Ergebnisse, die im Durchschnitt dem Niveau von in Deutschland getesteten Hauptschülern entsprechen (also bei einem IQ von rund 90). Besonders auffällig seien, wie die *Junge Freiheit* berichtet, die geringen Werte bei Einwanderern aus Schwarzafrika. Hingegen würden Einwanderer aus Osteuropa tendenziell überdurchschnittlich abschneiden. Daraus ergibt sich, daß die Mehrheit der Immigranten sich intellektuell auf dem Niveau von Hauptschülern bewegt. Die dringend benötigten Fachkräfte werden durch diese Gruppe nicht gestellt werden, vielmehr sind schwerwiegende Integrationsprobleme vorprogrammiert.

Selbstredend löste der Beitrag, der übrigens vor der Veröffentlichung von anderen Wissenschaftlern auf seine Wissenschaftlichkeit hin positiv geprüft worden war, einen Sturm der Entrüstung, vor allem bei etablierten Professoren, die in jener Studie eine »rechtspopulistische Ambition« meinen sehen zu müssen. Man sei »entsetzt« darüber, daß in der *Wirtschaftspsychologie* ein Artikel veröffentlicht werde, »der unter dem Deckmantel eines vermeintlichen wissenschaftlichen Beitrags rassistische Stereotype und rechtspopulistische Hetze bedient«, »Futter für die Argumentation rassistischer Parolen« sei und »vom politischen rechten Lager instrumentalisiert« werde.

Josef Kraus, der in *Tichys Einblick* (17. 7.2020) über den ›Eklat‹ ausführlich berichtet, bemerkt zu Recht: »Es geht also offensichtlich im Kern nicht um eine rein wissenschaftliche Frage, sondern um eine politisch-moralische.«



Wissenschaftsfreiheit ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Seit den 1960er Jahren, als Q-Tests für weiße US-Amerikaner einen im Schnitt um 10 bis 15 Punkte höheren IQ als für schwarze US-Amerikaner ergaben, ist die Frage, ob es genetisch, kulturell oder ethnisch bedingte Unterschiede in der Intelligenz gibt, weitgehend tabuisiert. In den Augen seiner Kritiker hat Bruno Klauk dieses Tabu gebrochen. ■

Prof. Dr. Bruno Klauk. Er stellte dar, daß der Durchschnitts-IQ der universitären Elite eingewanderter Araber bei 93 liegt, also dem Niveau von in Deutschland getesteten Hauptschülern entspricht.

## Aufsehen um die Berliner U-Bahnstation Mohrenstraße

Seit mehreren Jahren tobt in Berlin eine heftige Debatte um die von der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) angestrebte Umbenennung der U-Bahnstation Mohrenstraße. Wie die BVG gegenüber der Deutschen Presse-Agentur mitteilte, soll die Haltestelle künftig »Glinkastraße« nach dem russischen Komponisten Michail Iwanowitsch Glinka (1804–1857) heißen. Als »weltoffenes Unternehmen« und einer der größten Arbeitgeber der Hauptstadt lehne die BVG jegliche Form von Rassismus oder sonstiger Diskriminierung ab. Beim Versuch, die Mohrenstraße aus dem Fahrplan zu entfernen, soll der angeblich rassistische Begriff ›Mohren‹ wegfallen. Als Mohren wurden einst Menschen mit dunkler Hautfarbe bezeichnet. Kritikern gilt der Begriff als diskriminierend, auch wenn er im modernen Sprachgebrauch kaum noch Verwendung findet.

Die viel gelobte Absichtserklärung der BVG, ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, hat ein jedoch pikantes Nachspiel. Dem Unternehmen in öffentlicher Hand ist nämlich ein peinlicher Fauxpas unterlaufen. Schenkt man Experten Glauben, dann war der Namensgeber der Glinkastraße, der russische Komponist Michail



Iwanowitsch Glinka (1804–1857), ein Antisemit.

Der jüdische Historiker Michael Wolffsohn übte daher scharfe Kritik an dem Umgang mit der Mohrenstraße: »Auch ohne Schulwissen kommt man beim Denken darauf: Rassisten benennen keine Straße nach jemandem oder etwas, den oder das sie ver-

Michail Iwanowitsch Glinka gilt als Antisemit. So handelt es sich um eines seiner berühmtesten Werke (*Fürst Cholmskij*) von einer jüdischen Verschwörung, die sich mit dem Feind verbündet und gegen das russische Reich intrigiert. Der berühmte Pianist Rubinstein beispielsweise war für Glinka ein »frecher Zhid« und wurde von ihm als »zu deutsch« und »zu jüdisch« attackiert. (Quelle: *Jüdische Allgemeine*)

achten. Die Benennung der Berliner Mohrenstraße war nie rassistisch gemeint.« Wolffsohn übt auch deutliche Kritik an der BVG: »Eine Dummheit kommt selten allein. Jetzt soll diese Straße nach dem weißen und männlichen Antisemiten Glinka benannt werden.« Michail Iwanowitsch Glinka (1804–1857) war ein russischer Komponist, und das Vorgehen der Berliner Verkehrsbetriebe sei »total daneben«. Dies komme davon, »wenn man mehr Meinung als Wissen hat und das eigene Denken an der Garderobe abgibt« (Quelle: *Bildzeitung*, 7.7.2020). Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde nannte es eine »Verschlimmbesserung«. Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, hat einen überraschenden Standpunkt zur Sache: »Ich bin gegen die Umbenennung der Mohrenstraße«, meinte er gegenüber der Berliner *Morgenpost*.

Im Gegensatz dazu widersetzt sich die ›Hof-Apotheke zum Mohren‹ in Frankfurt/Main erfreulicherweise dem Druck von Linksextremisten und Grünen und hält trotz Protesten an ihrem jahrhundertealten Namen fest. Der Name, so die Inhaberin Kerstin Podszus, leite sich von den Mauren ab, »die vor Jahrhunderten die moderne Pharmazie nach Mitteleuropa gebracht haben«.

Er sei somit ein »Ausdruck der Hochachtung gegenüber der morgenländischen Heilkunst, sichtbar auch im Logo der 1621 gegründeten Apotheke«. Dieses zeigt einen Mauren mit Äskulapstab und einer Arzneimittelflasche. »Die Bezeichnung Mohr galt zu seiner Zeit als Kompliment und zu keiner Zeit als Kränkung.« ■

## Was zu sagen ist – zeitkritische Betrachtungen

Als einer der wenigen patriotischen, parteiunabhängigen Publizisten im deutschen Sprachraum, dessen geschliffene Worte ein großes Publikum erreichen, gilt Gerald Grosz. Der einstige Vertraute von FPÖ-Vizekanzler Herbert Haupt und Jörg Haider als BZÖ-Gründer nimmt sich kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, den heutigen Zeitgeist aufzuspießen und politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen ungeschminkt anzuprangern. Seine nur wenige Minuten dauernden Videobotschaften auf Youtube zu aktuellen Themen erreichen mittlerweile ein Millionenpublikum. Auch als Gastkommentator in etablierten und patriotischen Medien machte sich Grosz einen Namen. Und im Fernsehkanal auf oe24.at hat er Hunderttausende Zuseher.

Nun publizierte er im Grazer ARES Verlag ein Buch mit dem Titel *Was zu sagen ist... Zeitkritische Betrachtungen*. Der parteilose Publizist faßte dabei seine wichtigsten und witzigsten Kommentare der letzten Jahre zusammen. Ferner ergänzte er seine Schrift um bislang unveröffentlichte Stellungnahmen zu Themen wie Meinungsfreiheit, Islamisierung, EU, Klimawandel und Angela Merkel. Erfrischend freche Ausführungen! ■



Gerald Grosz:  
**Was zu sagen ist...** Zeitkritische Betrachtungen.  
192 Seiten, € 20.- ARES Verlag, Graz 2020

## Kurzmeldungen

**Militante Antifa.** Einen Bericht der *Welt am Sonntag* mit der Überschrift »Antifa-Kampfsport bereitet Verfassungsschutz Sorge« nahm das Internetportal ›Hallo Meinung‹ zum Anlaß, den früheren Präsidenten des Thüringer Landeskriminalamtes, Uwe Kranz, zu interviewen. Dieser warnte vor einer Verharmlosung der Taten der Antifa. Er schloß sich auch der Ansicht eines Landesverfassungsschutzpräsidenten an, wonach der Linksextremismus wesentlich gefährlicher sei als der Rechtsextremismus. Die Aufgabe der Polizei sei es, darauf entsprechend zu reagieren und ausreichend Ressourcen bereitzustellen. Antifa-Gewalt offenbare sich vielfach in Form von Brandstiftungen und Angriffen auf Personen. (Quelle: *Welt am Sonntag*)

**Antifa bedeutet Terror.** Mittlerweile greift die linksextreme Antifa sogar schon Büro von Genossen an. Zum Angriff auf das Büro der Leipziger SPD-Landtagsabgeordneten Daniela Kolbe meinte der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jan Zwerg: »In den letzten Jahren war die AfD das Hauptopfer linksextremer Attacken. Die Täter kamen dabei meistens glimpflich davon. Nach dem Bombenanschlag in Döbeln z. B. gab es nur Bewährungsstrafen. Aufgrund solcher Urteile verfestigt sich bei der linksextremen Szene der Eindruck, sie genieße Narrenfreiheit. Das Resultat davon bekommen jetzt auch andere Parteien zu spüren. Es rächt sich somit, daß die SPD die Antifa jahrelang verharmlost, wenn nicht sogar großgemacht hat. Die Geister, die sie rief, wird sie nun nicht mehr so einfach los. (...) Dazu gehört die Antifa endlich als Terrororganisation einzustufen.« (Quelle: AfD-Landtagsfraktion Sachsen)

**22 Antifanten festgenommen.** Nach schweren Ausschreitungen von Antifa-Extremisten in Zusammenhang mit der Räumung eines besetzten Hauses in Leipzig wurden 22 Gewalttäter festgenommen. Die Polizei reagierte damit auf die Errichtung von Barrikaden und das Anzünden von Müllcontainern durch die Krawallmacher sowie deren Angriffe auf Polizeibeamte und Einsatzwagen. Etwa 350 Randalierer hatten sich in der Hochburg der kriminellen Antifa-Szene versammelt und auch Feuerwerkskörper gezündet sowie einen Polizeihubschrauber mit einem Laserpointer geblendet. (Quelle: *Junge Freiheit*)

**Justiz ermittelt gegen Antifa.** Auch wenn die etablierten Medien bislang nicht darüber berichteten: Es gibt Hinweise, daß die Staatsanwaltschaft Wien Ermittlungen gegen die Antifa-Szene in Zusammenhang mit dem sog. Mafia-Paragrafen, § 283 StGB (Verhetzung), aufgenommen hat. So soll es sogar Festnahmen und Hausdurchsuchungen gegeben haben. Bislang wurde diese umstrittene Bestimmung des Strafgesetzbuches häufig zur Verfolgung von Tierrechtsaktivisten und Vertretern der Identitären Bewegung (IB) eingesetzt – letztlich aber ohne Erfolg. Denn die Prozesse endeten mit Freisprüchen. Im Gegensatz zu IB könnte aber diesmal der Tatbestand einer »kriminellen Organisation« (§ 278a StGB) bei



der Antifa durchaus gegeben sein. Schließlich bekennt sich diese vielfach zu Körperverletzungen, Brandanschlägen und Sachbeschädigungen als Mittel der Auseinandersetzung gegen politische Gegner. (Quelle: *Info Direkt*)

**AKK für Frauenquote.** Die CDU-Vorsitzende Anneliese Kramp-Karrenbauer (AKK), ihres Zeichens glücklose Verteidigungsministerin, wünscht sich jetzt Quoten für Minderheiten aller Art. So soll es in Zukunft nicht nur eine verbindliche Frauenquote in ihrer Partei geben, sondern auch Extrawürste für Homosexuelle. So sollen bis 2023 50 Prozent der Ämter und Mandate in der sog. christlichen Partei an Frauen vergeben werden. Im Gleichschritt mit AKK marschiert ihr Generalsekretär mit, der in Stettin geborene Spätaussiedler Pawel (Paul) Zimiak. Beide Politiker sind der Ansicht, daß es in der Union eine Sonderorganisation für Homosexuelle geben soll. Die *Rheinische Post* verkündete dazu: »Wir wollen, daß die LSU (Lesben- und Schwulen-Union, Anm. d. Red.) als Organisation fester Bestandteil unserer Partei ist und an der politischen Willensbildung der CDU mitwirkt. Wir sind davon überzeugt, daß das ein wichtiger Schritt zu noch mehr gelebter Volkspartei ist.« (Quelle: *Rheinische Post*)

**Werteunion gegen Zeitgeist.** Widerstand gegen das Abgleiten der CDU in die zeitgeistige Beliebtheit kommt von der Werteunion. Ihr Vorsitzender Alexander Mitsch nannte die obligatorische Frauenquote eine »unzumutbare Gängelung der Mitglieder«. Er ortete »eine massive Ungleichbehandlung und Benachteiligung der mehrheitlich nicht weiblichen Mitglieder, die sogar juristisch relevant sein könnte«. Liberale innerparteiliche Gegner der Werteunion werfen dieser eine AfD-Nähe vor. Kritisiert wird von dieser auch der Wunsch von AKK nach einer geschlechtsmäßig paritätischen Listenbesetzung. (Quelle: *tagesschau.de*)

**Bismarckdenkmal köpfen?** Im Zuge des linken ›Black Lives Matter‹-Bewegung gegen vermeintlich politisch unkorrekte Tradition geriet nun auch Reichsgründer Otto von Bismarcks ins Visier der Bilderstürmer. Einer der Rädelsführer dieser Gesellschaftsveränderer ist der einstige Studienleiter für ›Erinnerungskultur‹ an der Evangelischen Akademie in Hamburg, Pastor Ulrich Hentschel. Ginge es nach ihm, sollte das monumentale Bismarck-Denkmal in der Stadt an Alster und Elbe – es ist mit 34,3 Metern das höchste in der Welt – geköpft werden. Diese Art der Vergangenheitsbewältigung sieht der Kirchenmann als wichtig an, wie er gegenüber dem NDR verlautbarte: »Das würde eine Irritation geben. Das ist ja enorm wichtig, so daß man nämlich die Monumentalität und Wucht dieses Denkmals aufbricht.« (Quelle: *unzensuriert.at*)



**Ibiza-Causa.** Es wurde jetzt bekannt, daß schon 2015 belastendes Material gegen den damaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Vertretern anderer Parteien angeboten wurde. So packte ein Hintermann der Ibiza-Affäre aus, daß kurz vor der Wiener Landtagswahl 2015 zwei ÖVP-Funktionäre bereit gewesen wären, 70.000 Euro dafür zu zahlen. Damals wurden eine Haarprobe Straches sowie Bilder von einer mit Geldscheinen gefüllten Sporttasche als vermeintliche Beweise präsentiert. Diese hatte Straches damaliger Leibwächter besorgt. Ein weiterer Hintermann, der nachmalige Ibiza-Anwalt M., bot dann das Material ÖVP- und NEOS-Politikern an. Da der Leibwächter aber mehr Geld haben wollte, kam der Deal nicht zustande. (Quelle: *krone.at*)

**Kurz ohne Plan.** Im Sommergespräch-Interview mit dem *ORF* gab Österreichs Kanzler Sebastian Kurz einen Ausblick auf die nächsten Corona-Monate. Dabei ließ er offen, ob es zu Verschärfungen kommen werde. Obwohl bereits die Hälfte der 50 Milliarden Euro an Corona-Hilfen ausgezahlt worden seien, sei »noch sehr viel Geld da«, beruhigte er die Bürger. Er peilt die Schaffung eines stabilen Wirtschaftswachstums in den nächsten Jahren an. Im übrigen hofft er auf einen baldigen Impfstoff. In Bezug auf Großveranstaltungen zeigte er sich »skeptisch«. Ansonsten dominierte beim jungen Kanzler das Prinzip Hoffnung, das er jedoch nicht durch Fakten untermauern konnte. (Quelle: *heute.at*)

**Grüner Ösi-Minister abgehoben.** Von Basisdemokratie und Demut vor dem Parlament und Wähler ist bei Österreichs Grünen nicht mehr viel übriggeblieben, seit sie in der Bundesregierung sitzen. Gesundheitsminister Rudolf Anschober agiert seit ›Corona‹ abgehoben, arrogant und anmaßend: erst sein rechtsstaatlich mehr als unausgegorener Gesetzesentwurf zu einem neuerlichen Lockdown, dann seine Beratungsresistenz nach Kritik der Opposition daran. Entgegen seinen Beteuerungen, auf die Bedenken der anderen Parteien einzugehen, bleibt Anschober stur. Er düpiert das Parlament und will sein Corona-Gesetz ohne Änderungen mit der Koalitionsmehrheit durch den Nationalrat peitschen. Und seiner Corona-Ampel fehlt immer noch die gesetzliche Grundlage. (Quelle: *unzensuriert.at*)

**FPÖ gegen »Haß im Netz«-Gesetz.** Die Präsentation des umfassenden Pakets gegen »Haß im Netz« durch Österreichs schwarz-grüne Bundesregierung sorgte für viel Kritik bei Freiheitlichen und NGO. Danach sollen große Internet-Plattformen wie *Google* und *Facebook* verpflichtet werden, »offensichtlich« rechtswidrige Inhalte binnen 24 Stunden sowie andere unzulässige Postings innerhalb von einer Woche zu löschen. Zehn Wochen lang müssen die Daten gespeichert werden, um sie zwecks Strafverfolgung herausgeben zu können. Auch der Verhetzungsparagraph soll verschärft werden. Für die FPÖ droht »Meinungszensur«. Sie sieht darin eine »echte Gefahr für die Demokratie« und lehnt das Vorhaben der grünen Justizministerin mit bosnischen Wurzeln ab. (Quelle: *Info Direkt*)

**Transitland Österreich.** Laut *BILD*-Zeitung sind Österreichs Grenzen leicht überwindbar. So durchquerten allein im Juli 1.023 illegale Einwanderer die Alpenre-

publik von Ost nach West. Ihr Zielland war Deutschland. Dies bedeutete für die BRD einen Anstieg an Illegalen um satte 14,17 Prozent. Damit wird deutlich, daß der Grenzschutz unter Schwarz-Grün nicht funktioniert. Das Gros der Migranten, die nach Deutschland zogen, kam aus Syrien (133), der Ukraine (115) sowie aus Afghanistan (102) und Serbien (94). Die Tatsache, daß laut Asylstatistik des österreichischen Innenministeriums im Juli 1.140 Personen Asylanträge in der Alpenrepublik stellten, beweist, daß mittlerweile mehr Illegalen in Österreich bleiben als gen Westen weiterziehen. (Quelle: *BILD*)

**Für radikale Linksregierung.** Jetzt wird immer deutlicher, daß die Bildung der linken Dreierkoalition in Thüringen nur die Blaupause für ein ebensolches Volksfrontbündnis auf Bundesebene 2021 war. Dabei will die Partei Die Linke gar keine Kreide mehr fressen, sondern sich bewußt radikal positionieren. So sprach sich nun Thüringens Linkspartei-Chefin Susanne Wellso für eine Kooperation »aus realistischen und radikalen linken Einstellungen« in einer neu zu bildenden Regierung auf Bundesebene aus. Sie hoffe, daß Rot-Rot-Grün »den Mut habe, Dinge zu verändern«. Obwohl sie in Thüringen als »radikal« eingestuft worden sei, habe sie ungeachtet dessen ihre Landespartei in die Regierung geführt. (Quelle: *Junge Freiheit*)

**Ärger bei Rot-Rot-Grün:** Die eigenmächtige und vorschnelle Entscheidung des grünen Berliner Justizsenators, noch in der Ausbildung befindenden Richterinnen (Rechtsreferendarinnen) das Tragen eines Kopftuchs zu erlauben, sorgt nicht nur bei der Opposition für Unmut. Auch ein SPD-Koalitionskollege kritisierte den Alleingang, da dadurch Absprachen »unterlaufen« würden. Schließlich habe man die schriftliche Begründung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur Kopftuchentscheidung abwarten wollen, das jüngst das pauschale Kopftuchverbot gekippt hatte. Auch CDU, FDP und AfD stoßen sich an der Entscheidung des grünen Justizsenators. (Quelle: *Info Direkt*)

**Kopftuchverbot gekippt.** Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt erklärte die Bestimmung im Berliner Neutralitätsgesetz, wonach das Kopftuchtragen im Unterricht verboten ist, für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Denn dieser Paragraph verstoße gegen die Religionsfreiheit, so die Höchstrichter. Geklagt hatte eine muslimische Lehrerin, die nicht in den Berliner Schuldienst aufgenommen wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihr Kopftuch abzulegen. Nun muß das Land Berlin die betreffende Bestimmung ändern. Während die Partei Die Linke den Spruch begrüßte, sieht der Psychologe und Islamexperte Ahmad Mansour ein falsches Signal darin: »Wer das Kopftuch in seiner religiösen sowie kulturellen Bedeutung und dessen Ursprung versteht, kann das permanente Tragen des Kopftuchs und seiner Ausstrahlung auf Schüler nicht für pädagogisch sinnvoll erachten.« (Quelle: *Junge Freiheit*)

**Fünf Millionen Euro Überwachungskosten – für eine Person.** Friedersdorf, eine 2000-Seelen-Gemeinde in Sachsen-Anhalt, ist fast täglich Schauplatz einer skurrilen Szene: Wenn der 19-jährige Syrer Ayman N. im Ort einkaufen will, folgen ihm

in Zivil vier Polizisten mit zwei Fahrzeugen in wenigen Metern Abstand. Weiter, als bis zum Supermarkt, darf er seine Unterkunft ohnehin nicht verlassen. Das kontrolliert auch eine elektronische Fußfessel an seinem Bein. Seit 2017 geht das so. Nach *Volksstimme*-Informationen sollen bereits 95.000 Mann-Stunden für die Bewachung angefallen sein. Bei einem Stundensatz von 52 Euro pro Beamtem macht das nach Adam Riese knapp fünf Millionen Euro aus. Fahrzeugkosten oder andere Sachmittel noch nicht mit einberechnet. Vier Mann sollen aktuell pro Schicht für die Überwachung eingesetzt sein, pro Tag also zwölf Beamte. Sie reisen meist von Magdeburg an. Grund des Aufwandes: Der junge Mann ist als islamistischer Gefährder eingestuft und wartet auf die Fortführung seines Prozesses vor dem Berliner Kammergericht. (Quelle: *Volksstimme*, 24.8.2020) Er wurde 2015 im Rahmen der »Willkommenskultur der Kanzlerin als minderjähriger sogenannter unbegleiteter Flüchtling nach Deutschland importiert« (Beatrix von Storch). In der BRD leben derzeit 630 Gefährder. Da circa die Hälfte dieser Gefährder keinen deutschen Paß besitzt, könnten sie eigentlich abgeschoben werden. Doch die Gerichte stellen hohe Anforderungen an eine Ausweisung. Die Behörden versuchen aber oft gar nicht, eine Ausweisung in Erwägung zu ziehen. (Quelle: *Junge Freiheit*)

**Migrantische Raser.** Die schweren Unfälle aufgrund von Raserei von Migranten mit teuren Autos reißen nicht ab. Nach dem Tod eines Kindes, den ein syrischer Mercedesfahrer bei einem illegalen Autorennen mit einem Landsmann verursacht hatte, gab es kurze Zeit später am Berliner Kurfürstendamm einen schweren Verkehrsunfall. Der BMW-Fahrer mit »südländischem Aussehen« krachte in das Heck eines Ford. Dabei erlitten die Insassen schwere, teils lebensgefährliche Verletzungen. Der Verursacher flüchtete zu Fuß. Insgesamt wurden durch den starken Aufprall acht Fahrzeuge beschädigt, der Ford flog dabei 30 Meter durch die Luft und landete am Dach. Augenzeugen zufolge ging dem Crash ein illegales Autorennen voran. (Quelle: *Info Direkt*)

**Repression gegen Beamte.** In Niedersachsen wurde ein Polizeihauptkommissar vom Dienst suspendiert, weil er auf einer Anti-Corona-Demo eine regierungskritische Rede gehalten hatte. Ferner wurde ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Doch dem nicht genug: Es fand auch eine Hausdurchsuchung bei ihm statt. Die Beamten sollen nach Aussagen der Lebensgefährtin des Polizisten derartig so ruppig vorgegangen sein, daß die Frau traumatisiert ist und eine blutende Unterarmwunde davontrug. Begründet wurde die Aktion so: »Der von der Antragstellerin (Polizeiführung, Anm. d. Red.) gegenüber dem Antragsgegner gehegte Verdacht, er habe die Überzeugung eines ›Reichsbürgers‹ und dokumentiere das auch nach außen, ergäbe im Fall der Erweislichkeit ein schwerwiegendes Dienstvergehen.« Seit geraumer Zeit begründen Behörden in ganz Deutschland Hausdurchsuchungen und Waffenverbote mit dem Zauberverdachtswort ›Reichsbürger‹. (Quelle: *reitschuster.de*)

**Eine ironische Frage, die auch »gefährlich provozierend« ist.** Auf Twitter hatte sich Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

seit 2009, mit Blick auf die nächtlichen Krawalle von Stuttgart Ende Juni gefragt: »War da nun eine Bundeskristallnacht oder ›nur‹ ein südwestdeutsches Scherbennächtle?« Eine Reaktion auf den »zynischen NS-Vergleich« ließ nicht lange auf sich warten. Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch (CDU) meinte, der Mann »verkenne die Wesensmerkmale von politischer Gewaltherrschaft«; dies widerspreche klar dem Sinn von Gedenkstättenarbeit. Reiprich, der deutscher Bürgerrechtler und Gründungsmitglied des oppositionellen Arbeitskreises Literatur und Lyrik Jena war, wurde mit sofortiger Wirkung (31.7.2020) freigestellt. Reiprich meinte nachträglich: »Ich habe unterschätzt, wie groß das Erregungspotenzial und Skandalisierungsbedürfnis ist und wie intolerant das Meinungsklima.« In der Vergangenheit war er vielfach kritisiert worden, weil er angeblich die DDR-Aufarbeitung bevorzugt betrieben und die NS-Geschichte dabei vernachlässigt habe.



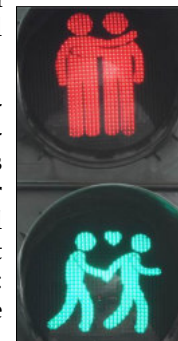
Reiprich: mit sofortiger Wirkung und unwiderruflich entlassen.

**Esken twittert sich in Fettnäpfchen.** Die SPD will Personal abbauen und Einsparungen vornehmen (zehn Millionen Euro wolle die Partei im kommenden Bundestagswahlkampf weniger ausgeben als im Jahr 2017) und wundert sich über die hohen Bezüge ihrer Vorsitzenden Saskia Esken. Die SPD-Vorsitzende, die kein Regierungsamt hat, verdient alles in allem rund 25.000 Euro – im Monat. Nun ließ sich die 58jährige Esken auf eine mehr als peinliche Diskussion auf Twitter ein. Hintergrund der Diskussion war die künftige Bezahlung ihrer Vorgängerin und Ex-Parteichefin Andrea Nahles, die Anfang August Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation wurde und mehr als 10.000 Euro monatlich erhalten soll. Ein Twitter-Nutzer fragte Esken deshalb nach der Rechtfertigung des Gehaltes, was »durchaus interessant« sei. Denn »ich zum Beispiel arbeite im Einzelhandel und finanziere damit einen Teil ihrer Diäten«. Eskens plumpe kurze Antwort: »Und ich zahle daraus nicht nur Steuern, ich kaufe davon auch jeden Tag ein. Wer finanziert jetzt wen?« veranlaßte einen weiteren Nutzer zu dem Kommentar: »Durch Steuergeld finanzierte Politikerin erklärt einem privaten Angestellten, dass sie ihn finanziert, weil sie einkaufen geht. Wundert ihr bei der SPD euch eigentlich noch, dass euer Klientel euch davonläuft?« (Quelle: *merkur.de*, 10.7.2020)



Esken: von der Elternbeirätin zur Inhaberin des »schönsten Amtes neben dem Papst« (*Die Zeit*)

**Auch in Bielefeld schwule/queere Ampelmännchen.** An acht Kreuzungen der westfälischen Großstadt regeln gleichgeschlechtliche Paare den Fußgängerfluß über die Straße. Für Rot und Grün gibt es jeweils männliche und weibliche Paare, die sich an der Hand halten oder umarmen. Für Bürgermeisterin Karin Schrader (SPD) sei es dringend Zeit, daß Bielefeld als bunte Stadt ein Zeichen setzt: »Unsere Stadt ist tolerant und offen und vor allem sehr queer«, sagt sie. (Quelle: *politikversagen.net*) Auch in Frankfurt, Hamburg oder Köln gibt es die schwul-lesbischen Ampeln bereits.



**KSK-Soldat packte aus.** Schwere Vorwürfe erhebt ein Bundeswehreliteoffizier des Kommandos Spezialkräfte KSK gegen seine afghanischen Kameraden. Die Zusammenarbeit mit diesen habe gezeigt, daß sie in Drogen- und Menschenhandel sowie Kindesmißbrauch verwickelt seien. Dies wurde auch der Wehrbeauftragten des Bundestages mitgeteilt. Ein afghanischer Offizier habe etwa per Polizeieskorte seine Mißbrauchsopfer zu sich zitiert. Bundeswehrsoldaten seien außerdem bei Gefechten gezielt von verbündeten afghanischen Soldaten beschossen worden, was keinerlei Konsequenzen gezeitigt hätte. Ein weiterer Vorwurf lautet, die afghanische Polizei foltere Gefangene, ziehe ihnen die Fingernägel heraus. Mit der Causa Pädophilie in Afghanistan hatte sich bereits vor Jahren der Journalist Udo Ulfkotte beschäftigt. Er starb jedoch überraschend vor den angekündigten Enthüllungen. (Quelle: *Junge Freiheit*)

Joachim Paul. Foto: Arnold/dpa



Zur Heimatlieder-CD der ›Bundeszentrale für politische Bildung‹ meint Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstands der AfD: »Diese CD ist bezeichnend für die linke Unterwanderung der Bundeszentrale für politischen Bildung. Ihr liegt ein völlig falsches Verständnis von Integration zu Grunde. Es ist doch wesentlich sinnvoller, den Zuwanderern unsere Kultur zu vermitteln und nicht den Deutschen die Kultur der Zuwanderer. In unseren Volks- und Heimatliedern begegnet man auch unserer Kultur.« Laut Bundeszentrale sei die Auswahl so gewollt, denn die CD soll vielmehr die „Vielfalt der in Deutschland eingewanderten Folklore“ zeigen. Von daher sind Marokko, Kamerun, Mosambik, Vietnam oder die Türkei vertreten.

›Deutsche‹ **Heimatlieder.** Die mit viel Steuergeldern finanzierte SPD-nahe ›Bundeszentrale für politische Bildung‹ bewies wieder einmal ihre volksferne Ausrichtung. So veröffentlichte sie »Heimatlieder aus Deutschland«, die fast nichts mit dem Land der Dichter und Denker zu tun haben. Dabei gibt es nur ein (!) Lied in deutscher Sprache. Kein Wunder auch, daß ein in Mundart verfaßtes altes siebenbürgisches Heimatlied als rumänische Weise dargestellt wird. Obwohl zahlreiche Lieder aus nahezu aller Herren, etwa Kuba, Vietnam oder Kamerun, aufgeführt werden, trägt die Sammlung den verwirrenden obigen Titel. Verantwortlich für diesen seltsamen Mix sind zwei Personen: einer rief früher ein deutsch-türkisches Musikstück ins Leben, der andere war bei Linksblättern wie *taz* und *Die Zeit* tätig und steht für eine »radikale interkulturelle Öffnung«. (Quelle: *Tagesstimme*)

**Weitere viele Fragen um Tatmotiv von Hanau.** In der letzten Ausgabe des *Freien Forums*, Seite 15, wurde dargelegt, daß der Hanauer Anschlag politisch nun schwer instrumentalisierbar ist. Dort hatte Tobias R. im Februar dieses Jahres neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen. Nun stellt sich heraus, daß bei ihm bereits 2002 eine paranoide Schizophrenie festgestellt worden war, die offenbar unbehandelt blieb. Trotzdem durfte er legal Waffen besitzen. Die Tat selbst ordnet das BKA weiterhin als »rassistisch« und »rechtsextremistisch« ein. (Quelle: *Welt.de*, 19.7.2020)

**Dreckschleuder WDR.** Eine der übelsten medialen Dreckschleudern in der BRD ist der durch Zwangsab-

gaben steuerzahlender Bürger finanzierte *Westdeutsche Rundfunk (WDR)*. In einer Erwiderung auf Kritik an der geforderten Solidarität mit dem in den USA zu Tode gekommenen Schwerverbrecher George Floyd auf dem *Facebook*-Kanal des Senders schrieb dieser, es gebe keinen Rassismus, »sofern es eine weiße Person betrifft«. Hintergrund der Äußerung war der Hinweis, daß etwa im Berliner Migrantenviertel Neukölln tagtäglich autochthone Deutsche rassistischen Beleidigungen ausgesetzt seien. Für den WDR handelt es sich hierbei lediglich um »eine Form von Diskriminierung«. (Quelle: *Unser Mitteleuropa*)

**ZFI siegt vor Gericht.** Die konservative, im Jahre 1981 vom sudetendeutschen Historiker Alfred Schickel ins Leben gerufene Historikerwerkstatt ›Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt‹ (ZFI) erzielte einen juristischen Sieg. Sie erreichte vor Gericht, daß der Bayerische Verfassungsschutzbericht 2019 in seiner bisherigen Form nicht mehr publiziert werden darf. Denn das Verwaltungsgericht München entschied, daß die ZFI nicht mehr als rechtsextremistische Organisation eingestuft werden darf. Das Gericht schrieb: »Tatsächliche Anhaltspunkte für vom Kläger ausgehende verfassungsfeindliche Bestrebungen waren nicht festzustellen. Der bayerische Geheimdienst, der Innenminister Joachim Herrmann (CSU) untersteht, bespitzelte demnach einen Verein, dem im Jahre 2006 der jetzige Bundesinnenminister Horst Seehofer zu dessen 25jährigen Bestehen noch ein Glückwunschschreiben geschickt hatte. Darin hatte der damalige Landwirtschaftsminister seinem Partei- und Duzfreund Alfred Schickel amikale Grüße übermittelt und das Wirken der ZFI gewürdigt. (Quelle: *APA*)

**Kahlenberg-Gedenken.** Am 12. September, dem Jahrestag der Schlacht am Wiener Kahlenberg im Jahre 1683, versammelten sich Patrioten aller Schattierungen (sog. »Kahlenberg-Allianz«) zu einem Fackelmarsch. Vor 337 Jahren hatten europäische Heerscharen unter dem Polen Jan Sobieski den Angriff osmanischer Invasoren vor den Toren Wiens abwehren können. Dieses Jahr spielte sogar eine Blaskapelle auf, und es gaben sich prominente Redner ein Stelldichein. Es sprachen Politiker aus der Tschechei und Slowakei (ein Ex-Ministerpräsident!), aus Polen und Serbien. Auch FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel, die 2019 eine kurze Gedenkrede beim Kahlenberg-Gedenken in der Wiener Innenstadt gehalten hatte, war zugegen. (Quelle: *Tagesstimme*)

Flugblatt zum Gedenken an die  
Verteidigung Wiens. Grafik: Wiener  
Akademikerbund



## Hinweise und Mitteilungen

### Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: [gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de](mailto:gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de)

[www.gfp-netz.de/](http://www.gfp-netz.de/) [www.facebook.com/www.gfp-blog.de/](http://www.facebook.com/www.gfp-blog.de/)

### Skandalös!

Laut *Spiegel* und dem Transparenzportal *abgeordnetenwatch.de* haben Abgeordnete des Bundestages in der aktuellen Wahlperiode bislang schon mindestens 25,1 Millionen Euro nebenbei verdient. Freiberufler wie Rechtsanwälte oder Landwirte



können ihre Vertragspartner anonymisiert angeben. Demnach sind bei mindestens 11,2 Millionen Euro die Geldgeber unbekannt. »Daß unsere Abgeordneten teils beträchtliche Summen aus anonymen Quellen kassieren, ist skandalös«, meint *abgeordnetenwatch.de*-Sprecher Roman Ebener. »Alle Nebeneinkünfte müssen endlich vollständig auf den Tisch, mitsamt der Geldgeberinnen und Geldgeber.« Die Liste führt der CSU-Abgeordnete und Steuerberater Sebastian Brehm an, der mindestens 3,1 Millionen Euro einnahm.

**Wir brauchen neue Leser und Mitglieder!** Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

**Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren!** Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

**Deutsche Identität.** 500 Jahre nach Luther.

**Die neue Völkerwanderung.** Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen.

**Europas Reconquista.** Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung.

*Jeder Band ca. 192 S., Abb. statt 12.80 nur 5 Euro*

**Konto für Beiträge und Spenden:**

**Beilagenhinweis:**

**GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK**

**IBAN: DE 0861 2901 2003 9361 2007**

**Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung**

**DAS  
FREIE  
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal